



Einwohnerrat

Protokoll

vom

7. September 2011

BESCHLUSS-PROTOKOLL

Sitzung	des Einwohnerrates Herisau vom 7. September 2011
Anwesend:	30 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Gemeinderates
Abwesend:	Einwohnerrätin Evelyn Hebeisen
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Markus Brönnimann
Protokoll:	Gemeindeschreiber Christof Bamert Gemeindeschreiber-Stellvertreterin Sigrid Deucher
Beginn:	17.00 Uhr
Schluss:	19.00 Uhr



Inhaltsverzeichnis

- 04 Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten
- 05 Motion der SP-Fraktion "Fakultatives Referendum für Voranschlag und Steuerfuss (Jahresbudget)", 2. Lesung
- 06 Motion "Herisauer Bär II" der SP-Fraktion; Botschaft zur Umsetzung
- 07 Fragestunde



Rückkommensanträge

Rückkommen gemäss Art. 26 des Geschäftsreglementes wird nicht beantragt.

Dieses Protokoll umfasst die Seiten: 1 - 18

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber:

Genehmigt durch das Büro des Einwohnerrates am: 19. Oktober 2011



Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten

Ratspräsident Markus Brönnimann unterstreicht einleitend die Bedeutung beider Gremien, sowohl des Einwohnerrates als auch des Gemeinderates. Beide Räte wurden direkt vom Volk gewählt und damit für ihre unterschiedlichen Aufgaben legitimiert. Sie sind damit auch nur gegenüber dem Souverän Rechenschaft schuldig. Die erhaltenen Kompetenzen sind unzertrennlich mit einer grossen Verantwortung verbunden, die in allen Entscheidungsprozessen zum Tragen kommen soll. Im Rahmen dieser Verantwortung haben sich die Räte für das Wohl und die Entwicklung der ganzen Gemeinde einzusetzen. Diese Aufgabe ist nur miteinander möglich. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt der Ratspräsident einen "Code of Conduct" vor, welcher Werte wie gegenseitiger Respekt, Anstand, Geduld, Bereitschaft, sich auf andere Argumente einzulassen, Interesse an einer gemeinsamen Lösung, Flexibilität und vielleicht auch Mut enthalten soll. Ferner sollte immer davon ausgegangen werden, dass der Partner im Prinzip eine gute Lösung anstreben will. Der Ratspräsident lädt alle ein, sich an diesem "Code of Conduct" zu orientieren. Damit ist eine bessere Zusammenarbeit mit guten Lösungen gewährleistet. Mit diesen einleitenden Worten erklärt der Ratspräsident die Sitzung als eröffnet.

Feststellung der Präsenz

Entschuldigt hat sich für die heutige Sitzung Einwohnerrätin Evelyn Hebeisen (EVP).

Der Präsident stellt damit die Anwesenheit von 30 Einwohnerräten fest. Das absolute Mehr beträgt 16. Die Zweidrittelsmehrheit ist 20.

Der Präsident stellt die Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit fest.

Protokollgenehmigung

An der heutigen Sitzung hat das Büro das Protokoll der Sitzung vom 4. Mai und 8. Juni 2011 ohne Korrekturen genehmigt.

Traktandenliste

Dazu werden keine Änderungsanträge gestellt.

**Motion der SP-Fraktion "Fakultatives Referendum für Voranschlag und Steuerfuss (Jahresbudget)", 2. Lesung**

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die gemeinderätliche Botschaft vom 3. August 2011)

Antrag

Mit Beschluss vom 5. Juli 2011 unterbreitet der Gemeinderat folgende Anträge:

1. Vom Bericht und Antrag des Gemeinderats zur Motion der SP-Fraktion in 2. Lesung Kenntnis zu nehmen und die Motion am Protokoll abzuschreiben;
2. die Gemeindeordnung wie folgt zu ändern:
 - Art. 11, lit b, aufgehoben,
 - Art. 22, lit a^{bis}, neu: "den Voranschlag und die Festsetzung des Steuerfusses vor Beginn des neuen Rechnungsjahres";
3. festzustellen, dass diese Änderungen der Gemeindeordnung gemäss Gemeindeordnung (SRV 11), Art. 11, lit a, dem obligatorischen Referendum unterliegen;
4. den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Annahme dieser Änderungen zu empfehlen.

Eintretensfrage

Einleitend weist der Ratspräsident darauf hin, dass keine weitere Lesung möglich und daher ein Entscheid unumgänglich ist. Im Weiteren erachtet er das Budget und den Steuerfuss als eine logische Einheit, über die nicht getrennt beschlossen werden kann.



a) Gemeinderat

Der Gemeinderat hat - so Gemeindepräsident Paul Signer - die in der 1. Lesung verlangten Abklärungen betreffend die wechselnde Zuständigkeit je nach Beibehaltung oder Abänderung des Steuerfusses getätigt. Es hat sich gezeigt, dass diese Lösung grundsätzlich umsetzbar wäre. Dennoch tendiert der Gemeinderat auf eine konsequente Lösung (abschliessende Zuständigkeit der Legislative), wenn überhaupt etwas geändert werden soll. Alle anderen Lösungen stellen teilweise Kompromisse dar, die jedoch zu wenig spürbare Vorteile bringen.

Bezug nehmend auf einen kürzlichen Zeitungsbericht hält Paul Signer fest, dass der vorliegende Bericht und Antrag auf einer vom Einwohnerrat überwiesenen SP-Motion basiert. Sollte der Einwohnerrat heute eine Zuständigkeitsänderung vornehmen, so hat dies eine Änderung der Gemeindeordnung im Rahmen einer Volksabstimmung zur Folge. Der Souverän hat es alsdann in der Hand, ob er ein ihm bislang zustehendes Recht an die Legislative abtreten will.

b) Finanzkommission (FiKo)

Es macht Sinn, dass der Einwohnerrat - so Kommissionspräsident Franz Rechsteiner (CVP) - abschliessend über das Budget beschliesst. Damit kann auf Abstimmungen verzichtet, die Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden. Demgegenüber stellt sich die Frage, ob dem Souverän das Mitspracherecht im Falle einer Steuerfussveränderung, die ihn direkt betrifft, entzogen werden kann. Die FiKo meint nein. Keine der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lösungen vermochten zu überzeugen. Die FiKo unterbreitet eine zusätzliche Variante im Sinne eines Antrages:

- Der Einwohnerrat beschliesst mit abschliessender Kompetenz über den Voranschlag.
- Der Einwohnerrat beschliesst über den Steuerfuss, wobei Steuerfussänderungen dem obligatorischen Referendum unterstehen.

Nachdem die FiKo nicht mit vielen Steuerfussveränderungen rechnet, könnten die vom Gemeinderat vorgebrachten Vorteile (u.a. Zeit-/Kosteneinsparung) erreicht werden. Dennoch verbleibt dem Souverän ein Mitbestimmungsrecht im Falle eines veränderten Steuerfusses.

c) Rat

Für die CVP-Fraktion - so Glen Aggeler - bestehen keine Zweifel darüber, dass die Kompetenz für die abschliessende Behandlung des Voranschlages aus Gründen der Effizienz, der Kosten und der folgerichtigen Verantwortung der Legislative übertragen werden soll. Hingegen erachtet es die CVP-Fraktion als unabdingbar, dass dem Souverän das Mitspracherecht im Falle eines veränderten Steuerfusses erhalten bleibt. Der Souverän soll daher - sobald der Steuerfuss angetastet wird - im Rahmen des obligatorischen Referendums einbezogen werden. Bei unverändertem Steuerfuss soll die abschliessende Kompetenz dem Einwohnerrat obliegen.

Nach dem Ausschlussverfahren verblieben der EVP-Fraktion - so Regula Compér - die Varianten "Status quo" und "abschliessende Kompetenz Einwohnerrat". Gegen den "Status quo" sprechen emotionale Aspekte (Kompetenzverlust der Bevölkerung). Doch i.d.R. nahmen in den letzten Jahren nur gerade 44 % der Stimmbür-



ger/innen dieses Recht wahr. Ein Wegfall der Abstimmungen brächte eine Kosteneinsparung (je rund Fr. 50'000.--). Zudem stellt sich die Frage, ob sich das Stimmvolk in genügender Weise mit dem Voranschlag auseinander setzen kann. Es könnte durchaus sein, dass das Stimmvolk diese fundierte Auseinandersetzung von der Legislative erwartet. Die EVP spricht sich daher für die Variante "abschliessende Kompetenz" aus, ist jedoch froh, dass das Volk diese zusätzliche Kompetenz dem Einwohnerrat übertragen muss. Sollte dereinst dem Einwohnerrat eine Budgetvorlage oder eine Steuerfuss-thematik zu kritisch scheinen, so stünde dem Rat immer noch das Behördenreferendum zur Verfügung. Die EVP ist für Eintreten.

Die FDP-Fraktion orientiert sich - so Roger Mantel - nach dem Motto "alles oder nichts". Bei einem fakultativen Referendum wären die Nachteile zu gravierend. Ein konstruktives Referendum wäre interessant, wirft aber begründete Fragen auf und kommt daher nicht in Frage. Um den Einwohnerrat zu stärken und zur Erreichung einer besseren Effizienz spricht sich die FDP-Fraktion für die Lösung "abschliessende Kompetenz" aus. Der Souverän wird zu entscheiden haben, ob er der Legislative diese Kompetenz zugestehen will. Sollte der Einwohnerrat diese Lösung ablehnen, so würde sich die FDP-Fraktion für die Beibehaltung der heutigen Regelung einsetzen. Die FDP ist für Eintreten.

Alle Varianten haben - so Christian Oertle (SVP) - einige gemeinsame Parameter. Die Budgetberatung erst an der Dezember-Sitzung gibt mehr Zeit für die Finanzplanung. In den vergangenen Jahren waren die Budgetabstimmungen unbestritten. Die Budget-Hoheit beim Einwohnerrat würde diesen stärken. Diese Stärkung würde die SVP begrüssen, doch nicht auf Kosten des Souveräns. Wenn die Bevölkerung bei einer Steuerfussänderung nicht mehr mitbestimmen kann, dann ist dies der falsche Weg. Die SVP wird daher die gemeinderätlichen Anträge ablehnen, jedoch die Anträge der FiKo unterstützen.

Die SP hält - so Peter Federer - an ihrer Haltung (1. Lesung) fest und begrüsst die konsequente Lösung des Gemeinderates. Nicht nur Steuerfussveränderungen betreffen die Bevölkerung, sondern auch die meisten Budgetpositionen. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Aufgaben, Finanzierung und Steuerfuss. Eine Trennung wäre staatsbürgerlich kontraproduktiv. Eine zuverlässige Budgetierung braucht Zeit. Je später der Einwohnerrat entscheiden muss, desto klarer sind die Grundlagen und die Rahmenbedingungen. Dass der Gemeinderat keine utopische Lösung vorschlägt, zeigt die kantonale Regelung, die seit 15 Jahren besteht und an welcher sich niemand stört. Die SP spricht sich für den Vorschlag des Gemeinderates aus.

Gemeindepräsident Paul Signer hält nochmals fest, dass der Steuerfuss und der Voranschlag eine untrennbare Einheit darstellt (wie dies auch in der heutigen Gemeindeordnung abgebildet ist). Wenn der Steuerfuss verändert wird, verändert sich auch die Einnahmenstruktur der Gemeinde markant. Was, wenn das Stimmvolk den Steuerfuss ablehnt, obschon vorgängig der Einwohnerrat das Budget bereits genehmigt hat? Bei der Variante "abschliessende Kompetenz beim Einwohnerrat" wäre das von Regula Compér erwähnte Behördenreferendum nicht möglich.

Feststellung

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.



Detailberatung

Thomas Forster (SP) zeigt sich erstaunt, dass die gemeinderätliche Variante derart Diskussionen auslöst, obschon diese Lösung beim Kanton schon seit Jahren praktiziert wird. Die Tendenz, alles dem Souverän zu überlassen, bereitet ihm Sorgen. Wenn der Einwohnerrat gestärkt werden soll, dann kann dies nur zu Lasten des Souveräns gehen.

Peter Künzle (EVP) hält fest, dass dem Stimmvolk mit einem Entscheid ("abschliessende Kompetenz") noch nichts weggenommen wurde. Das Stimmvolk wird schlussendlich selbst entscheiden, ob es dieses Recht dem Einwohnerrat übertragen möchte. Nach seiner Einschätzung nahm die FiKo einen anderen Auftrag wahr, als ihr übertragen ist. Die FiKo müsste auf die Risiken der einzelnen Varianten aufmerksam machen. Der FiKo-Antrag birgt die Gefahr für instabile Verhältnisse. Abschliessend möchte er in Erfahrung bringen, wie viele Einwohner/innen das detaillierte Budget jeweils beziehen. Gemäss Gemeindepräsident Paul Signer ist dies eine Hand voll. Er bittet den Einwohnerrat nochmals eindringlich, einen konsequenten Entscheid zu treffen.

Werner Rechsteiner (SVP) möchte den Kostenumfang einer eingesparten Abstimmung wissen.

Die in der Debatte erwähnten Fr. 50'000.-- können - so Gemeindepräsident Paul Signer - bei einem eidg. Abstimmungstermin mit mehreren Vorlagen zutreffen. Die Grenzkosten einer kommunalen Abstimmung (z.B. Budget) belaufen sich auf ungefähr Fr. 12'000.--. Aber der gesamte Vorgang für ein Abstimmungswochenende kann sich auf rund Fr. 50'000.-- belaufen.

Renzo Andreani (SVP) kann die Aussage von Peter Künzle ("instabile Verhältnisse") nicht nachvollziehen. Wenn heute die Bevölkerung das Budget ablehnt, dann ist dieses obsolet, wie wenn inskünftig die Bevölkerung "nur" den Steuerfuss ablehnt. Abschliessend widerspricht er dem Vorwurf, die FiKo habe keine Risikobeurteilung vorgenommen.

Christian Oertle (SVP) erklärt sich den Umstand, dass die Genehmigung des kant. Budgets durch den Kantonsrat keine Diskussionen auslöst damit, dass der Kantonsrat beim Volk vorbei politisiert und deshalb kein Interesse vorhanden ist. Bei einer Vorlage "abschliessende Kompetenz des Einwohnerrates" befürchtet er einen abschlägigen Volksentscheid. Alsdann verbliebe der Status quo, was - hinsichtlich der Budget-Verantwortung - bedauerlich wäre.

Nur weil das Stimmvolk sich nicht mit dem Budget auseinandersetzt, ist dies noch lange kein Argument dafür, dass das Volk - so Stefan Ries (CVP) - nicht über das Budget befinden soll.

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass nunmehr zwei Anträge (FiKo und GR) vorliegen. Er wiederholt seine persönliche Ansicht, wonach Budget und Steuerfuss eine Einheit darstellen.

Aufgrund der Voten stellt der Ratspräsident fest, dass Antrag 1 unbestritten und damit angenommen gilt.

Ira Nagel (CVP) stellt einen neuen Antrag in Aussicht.



Der Ratspräsident unterbricht die Sitzung, damit der entsprechende Antrag formuliert werden kann.

Nach der Pause orientiert der Ratspräsident, dass der FiKo-Präsident den Antrag zurückgezogen hat. Nunmehr liegt ein neuer Antrag von Ira Nagel (CVP) vor:

Der Einwohnerrat beschliesst mit abschliessender Kompetenz über den Voranschlag und den Steuerfuss bei unverändertem Steuerfuss. Bei verändertem Steuerfuss muss beides vors Volk (Variante 6 mit obligatorischem Referendum).

Peter Federer (SP) erachtet den Antrag als verlockend. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nicht nur die Steuerhöhe entscheidend ist, sondern auch was der Bürger dafür erhält. Wenn ein Abbau im Budget erfolgt, dann trifft dies den Bürger - bei gleichem Steuerfuss - mindestens so hart.

Christian Oertle (SVP) beurteilt den Antrag als sehr sympathisch. Das obligatorische Referendum hat einen grossen (Zeit-)Vorteil.

Gemäss Gemeindepräsident Paul Signer vermag die vorgeschlagene Lösung - auf den ersten Blick - zu überzeugen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass sich mit dieser Lösung der Budgetierungsprozess nicht verändern wird.

Für Lukas Scherer (FDP) kann es nicht sein, dass eine Abstimmung auch bei einer Steuerfussenkung nötig sein soll.

Sowohl eine Steuerfusserhöhung als auch -senkung muss - so Thomas Forster (SP) - vors Volk. Denn wenn Mittel vorhanden sind, die eine Steuerfussenkung zulassen würden, dann gäbe es noch andere Optionen, diese Mittel einzusetzen (z.B. Schuldenabbau).

Selbst bei einer Steuerfussenkung geht der Einwohnerrat - so Christian Oertle (SVP) - eine grosse Verantwortung ein. Er würde daher selbst bei einer Steuerfussenkung den Miteinbezug des Stimmvolkes schätzen.

Der Ratspräsident hält zuhanden des Protokolls fest, dass sich soeben Werner Rechsteiner (SVP) verabschiedet hat. Damit verbleiben noch 29 Ratsmitglieder (absolutes Mehr 15, 2/3-Mehr bei 20).

Bezug nehmend auf das Votum von Christian Oertle stellt Lukas Scherer (FDP) klar fest, dass er sich der Verantwortung durchaus bewusst ist. Sollte er einen falschen Entscheid treffen, so kann ihm der Wahlbürger die Stimme an den nächsten Wahlen verweigern. Er ist nach wie vor vom gemeinderätlichen Antrag überzeugt. Thomas Forster (SP) unterstützt das Votum des Vorredners und hält fest, dass mehr Kompetenzen und Verantwortung auch mehr Führung bedeutet.

Markus Koller (CVP) bekundet Mühe damit, dass dem Volk nicht zugetraut wird, das Budget lesen und beurteilen zu können. Im Weiteren zeigt er sich überrascht, wie kurzfristig der Rat und die Verwaltung arbeiten. Nach seiner Meinung müsste der Steuerfuss viel vorausschauender festgelegt werden.

Gemäss Gemeindepräsident Paul Signer enthält der jeweils im Oktober vorgelegte Finanzplan den für die nächsten Jahre prognostizierten Steuerfuss.



Eine Steuerfussveränderung kann - so Peter Federer (SP) - nicht generell im Voraus durch den Gemeinderat geplant werden, da Steuerfussveränderungen in der Kompetenz des Einwohnerrates liegen.

Renzo Andreani (SVP) vermag im Vorschlag (Budgetabstimmung bei verändertem Steuerfuss) keinen Widerspruch zu erkennen, sondern empfindet ihn als eine demokratisch bestechende Lösung.

<u>Abstimmung (Antrag Ira Nagel)</u>	<u>Ja</u>	<u>Nein</u>	<u>Enthaltungen</u>
	13	15	01

Beschluss

Der Einwohnerrat, mit 17 Ja- und 12 Nein-Stimmen,

b e s c h l i e s s t :

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:
 - Art. 11, lit b, aufgehoben,
 - Art. 22, lit a^{bis}, neu: "den Voranschlag und die Festsetzung des Steuerfusses vor Beginn des neuen Rechnungsjahres"
2. Es wird festgestellt, dass diese Änderungen der Gemeindeordnung gemäss Gemeindeordnung (SRV 11), Art. 11, lit a, dem obligatorischen Referendum unterliegen.
3. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird die Annahme dieser Änderungen empfohlen.

**Motion "Herisauer Bär II" der SP-Fraktion; Botschaft zur Umsetzung**

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die gemeinderätliche Botschaft vom 3. August 2011)

Antrag

Mit Beschluss vom 5. Juli 2011 unterbreitet der Gemeinderat folgende Anträge:

1. Vom Bericht und Antrag des Gemeinderats zur Motion der SP-Fraktion Kenntnis zu nehmen und die Motion am Protokoll abzuschreiben;
2. die Variante 7 (verstärkte Nutzung des Internets) mit geschätzten Zusatzkosten von CHF 20'000.00 pro Jahr auf Anfang 2012 umzusetzen;
3. den Gemeinderat zu ermächtigen, für die Auffrischung der Gemeinde-Homepage die nötigen Mittel im Budget 2012 bereitzustellen.

Eintretensfrage**a) Gemeinderat**

Der Gemeinderat hat - so Gemeindepräsident Paul Signer - die Motion zum Anlass genommen, die Kommunikationsbedürfnisse der Gemeinde zu analysieren und Vergleiche mit anderen Gemeinden anzustellen. In der Folge wurden verschiedene Varianten eingehend geprüft. Jede Lösung bringt ein ungünstiges Verhältnis von Kosten und Leistungen mit sich. Der Gemeinderat empfiehlt daher, die heutigen Print-Medien zu belassen und dafür eine Auffrischung - kein neuer Aufbau - der Gemeinde-Homepage an die Hand zu nehmen. Im Weiteren wird der Gemeinderat die weitere Entwicklung der neuen Medien (facebook, twitter, etc.) im Auge behalten und in diese Medien investieren, falls dies nutzbringend für die Gemeinde werden sollte.



b) Finanzkommission (FiKo)

Ob ein "Herisauer Bär II" ins Leben gerufen werden soll, erachtet die FiKo - so ihr Präsident Franz Rechsteiner - als eine politische Frage, die jedoch auch eine finanzielle Komponente beinhaltet. Kostenmässig sollte der gedruckte Informationsträger die bisherigen ca. Fr. 82'000.-- nicht gravierend übersteigen. Die FiKo vermag auch einen Bedarf an mehr Informationen via Internet zu erkennen und begrüsst daher den vom Gemeinderat eingeschlagenen Weg, auch wenn dies etwas kosten wird. Dem Einwohnerrat ist ein entsprechender Antrag zu unterbreiten. Nachdem jedoch die Anträge 2 und 3 zu wenig Informationen (u.a. Kosten - auch längerfristig, Strategie) beinhalten, empfiehlt die FiKo diese Anträge abzulehnen. Demgegenüber ist der Antrag 1 anzunehmen.

c) Rat

Die EVP hat - so Peter Künzle - durchaus Sympathien für eine eigene Herisauer Zeitung. Beim Abwägen der Kosten und dem effektiven Nutzen sind jedoch die Kosten für einen neuen "Herisauer Bär" zu hoch. Mit dem heutigen Zeitungsangebot ist die EVP zufrieden. Mit einer Verstärkung des Internets in Ergänzung zu den Printmedien sollte auch die Erreichbarkeit aller Bürger/innen gewährleistet sein. Damit hat die Gemeinde ihren Informationsauftrag erfüllt. Einem Konkurrenzprodukt steht die EVP kritisch gegenüber. Die EVP unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates mit der Variante 7.

Thomas Forster (SP) wertet die heutigen Kommunikationsmittel (Appenzeller Zeitung, Herisauer Nachrichten, Herisauer Zeitung, Amtsblatt, Internet) als unbefriedigend. Keines dieser Medien vermag zu überzeugen (u.a. Wiederholungen, sehr selten gute Recherchierarbeit, Auflage ist wichtiger als Qualität). Das bestehende Angebot vermag jedoch die Bevölkerung grösstenteils abzudecken. Dennoch ist die SP der Meinung, dass die Kommunikation verbessert werden sollte. Wenn ein hoher Anspruch erfüllt werden soll, dann dürfte es jedoch teuer werden. Die SP würde dennoch ein Printmedium bevorzugen (als nur eine Internet-Lösung). Eine Eigenproduktion dürfte jedoch aus privatwirtschaftlichen Gründen nicht möglich sein. Die SP kann daher dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten, jedoch mit der Auflage, dass die weitere Entwicklung der Medienlandschaft weiterhin beobachtet wird. Bei einer Veränderung muss die Situation neu beurteilt werden. Die vom Gemeinderat geplanten Verbesserungen müssten in einem Kommunikationskonzept eingebettet werden. Bei einer Neubeurteilung des Kommunikationskonzeptes müsste dieses dem Rat vorgelegt und diskutiert werden.

Für die CVP steht - so Ira Nagel - fest, dass die gedruckten Informationsträger die Bedürfnisse der Gemeinde am besten erfüllen. Unbefriedigend sind die ungenügende Abdeckung und die fehlende identitätsstiftende Wirkung. Wünschenswert wäre daher eine Ergänzung durch einen "Online-Bär" (amtliche Publikationen auf der Gemeinde-Homepage). Dieser "Online-Bär" könnte alsdann auch ein Forum für die Vereine anbieten. Die CVP kann die gemeinderätlichen Anträge nicht annehmen, da aus der Vorlage eine langfristige Kommunikationsstrategie mit der entsprechenden Finanzplanung nicht ersichtlich ist. Demgegenüber wird die CVP Antrag 1 annehmen.



Für Martin Frischknecht (FDP) fehlt eine objektive Gewissheit, ob die Bevölkerung ein solches Organ ("Herisauer Bär") überhaupt wünscht. Was darf - aus Sicht der Bevölkerung - eine solche Übung überhaupt kosten? Angesichts dieser Unsicherheiten soll der heutige Markt bestehen bleiben. Demgegenüber soll die Online-Kommunikation - wie vorgeschlagen - weiterverfolgt werden. Dieses Angebot wird zwar nicht alle Bürger/innen erreichen, doch dies vermögen auch die heutigen Angebote nicht. Die FDP empfiehlt die Annahme der gemeinderätlichen Anträge.

Nach Florian Hunziker (SVP) hat der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht und eine gute Entscheidungsgrundlage ausgearbeitet. Keine der neun Varianten vermochte die SVP so richtig zu begeistern. Entweder werden finanzielle bzw. personelle Ressourcen gefordert oder das Einvernehmen mit dem örtlichen Medienhaus wird gefährdet. Die SVP spricht sich daher für den Status quo aus und wird daher die Anträge 2 und 3 ablehnen. Der Internet-Auftritt soll zwar überarbeitet werden, doch fehlen dafür klare Aussagen zu den Kosten.

Feststellung

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Bezüglich Antrag 3 möchte Peter Federer (SP) eine Aussage zu den Kosten erhalten. Gemeindepräsident Paul Signer verweist auf die Vorlage (Seite 13), wonach für die Internet-Überarbeitung einmalige Kosten von schätzungsweise Fr. 10'000.-- und jährlich wiederkehrende Kosten von ca. Fr. 20'000.-- (Werbung) ausgewiesen sind.

Yves Balmer (SP) stellt fest, dass die quantitative Vielfalt der heutigen Medienlandschaft nicht allzu schlecht ist. Die zukünftige Entwicklung ist jedoch ungewiss. Der CVP-Vorschlag ("Online-Bär") ist durchaus interessant. Dennoch schliesst das Eine (Online-Medium) das Andere (Print-Medien) nicht aus. Ist der Gemeinderat gewillt, wenn sich die quantitative Vielfalt verändert, die Thematik nochmals von sich aus aufzunehmen? Der Gemeindepräsident bejaht dies.

Abstimmung

Der Ratspräsident stellt fest, dass Antrag 1 unbestritten und damit genehmigt ist.

Angesichts dessen, dass die Umsetzung der Anträge 2 und 3 ohnehin im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen, erfolgt die nachfolgende Abstimmung im Sinne einer Konsultativabstimmung:

<u>Abstimmung (Antrag 2)</u>	<u>Ja</u> 15	<u>Nein</u> 13	<u>Enthaltungen</u> 01
<u>Abstimmung (Antrag 3)</u>	<u>Ja</u> 14	<u>Nein</u> 13	<u>Enthaltungen</u> 02



Fragestunde

Gestützt auf Art. 28bis des Geschäftsreglements des Einwohnerrates findet einmal jährlich eine Fragestunde statt.

Die Mitglieder des Einwohnerrates hatten Gelegenheit, ihre Fragen bis 14 Tage vor der Sitzung schriftlich einzureichen. Es sind sechs Fragen eingereicht worden.

Frage 1 (Brigitta Bürki, SVP) - Neues Personalreglement

Seit Inkrafttreten, vor mehr als einem halben Jahr, haben die Mitarbeiter des Tiefbauamtes noch kein neues Personalreglement erhalten.

Ist es nicht nötig, wenn ein neues Personalreglement in Kraft tritt, dass jeder Angestellte persönlich ein neues Personalreglement zugestellt bekommt?

Beantwortung durch Gemeindepräsident Paul Signer

Grundsätzlich ist es selbstverständlich, dass das Personalreglement an die Mitarbeitenden abgegeben wird. Es war die Absicht, die vollständigen Unterlagen im 1. Quartal 2011 mit dem Arbeitsvertrag an sämtliche Mitarbeitenden abzugeben. Aufgrund verschiedener interner Umstände hat sich die Erstellung der Arbeitsverträge verzögert. Es ist jedoch allen Mitarbeitenden mitgeteilt worden, dass die Reglemente auf der Kanzlei bezogen werden können. Zudem sind sie seit anfangs Jahr im Internet aufgeschaltet, wo sie heruntergeladen und ausgedruckt werden können.

Frage 2 (Renzo Andreani, SVP) - SNB-Gelder

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) weist momentan einen Verlust aus. Dies hat Konsequenzen auch für die Kantone. Für das Jahr 2012 wird die SNB voraussichtlich kein Geld an die Kantone ausschütten.

Gerne möchte ich dazu Folgendes in Erfahrung bringen:

1. Ist schon bekannt, ob unsere Gemeinde ebenfalls keine Gelder (über den Kanton AR) von der SNB erhalten wird?
2. Wenn ja, ist dies im Budget 2012 schon mit eingeplant?
3. Hat dies Konsequenzen auf den Steuerfuss der Gemeinde?



Beantwortung durch Gemeindepräsident Paul Signer

In AR erhalten die Gemeinden kein Geld von der SNB. Ausnahme war die Beteiligung am ausserordentlichen Gewinn aus dem Verkauf des überschüssigen NB-Goldes im Jahr 2007.

Eine Antwort auf die Frage 2 erübrigt sich daher, ebenso auf die Frage 3.

Frage 3 (Florian Hunziker, SVP) - Anzahl Kantonsratssitze Gemeinde Herisau

Die Legislative auf Stufe Kanton setzt sich aus 65 Parlamentariern zusammen. Davon sind 14 Volksvertretende in Herisau wohnhaft. Stellt man die Einwohnerzahl der Gemeinde Herisau jener des Kantons gegenüber und errechnet daraus den vermeintlichen Anspruch auf die Anzahl Kantonsratssitze, so stellt man fest, dass Herisau Anspruch auf mindestens vier zusätzliche Kantonsratssitze haben müsste.

Gerne möchte ich dazu Folgendes in Erfahrung bringen:

1. Was unternimmt der Gemeinderat, um eine gerechte Verteilung der Kantonsratssitze erreichen zu können?
2. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass den Anliegen der Gemeinde Herisau im Kantonsrat genügend Rechnung getragen wird?
3. Welche Rolle kann den Exekutivmitgliedern, die zusätzlich im Kantonsrat sitzen, am ehesten zugetragen werden; jene der Partei-, jene der Gemeinde- oder jene der Volksvertreter und warum?

Beantwortung durch Gemeindepräsident Paul Signer

Die Kantonsverfassung von 1995 regelt die Verteilung in Artikel 71 grundsätzlich, das Gesetz über die Politischen Rechte präzisiert in Artikel 45, wie die Sitze auf die Gemeinden verteilt werden.

Zur Frage 1:

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass die aktuelle Verteilung der KR-Sitze, welche auf Verfassung und kantonalem Gesetz beruht, durchaus als "nicht gerecht" bezeichnet werden kann. Er erachtet es allerdings als politisch nicht opportun, wenn die Exekutive der grössten Ausserrhoder Gemeinde aktiv eine andere Verteilung der Sitze in der kantonalen Legislative, die sicherlich zu Lasten der kleinsten Gemeinden ginge, anstreben würde.

Zur Frage 2:

Die im Kantonsrat einsitzenden Mitglieder der Herisauer Exekutive engagieren sich stark in der kantonalen Legislative. So sind z.B. Ursula Rüttsche und Annette Joos Vorsitzende der jeweiligen Fraktionen, und alle vier KR arbeiten in wichtigen parlamentarischen Kommissionen mit. Damit wird genügend sichergestellt, dass den Anliegen der Gemeinde Herisau Rechnung getragen wird.

Zur Frage 3:

Der Gemeinderat stellt fest, dass alle Mitglieder des Kantons- und des Gemeinderats vom Volk bestellt sind. Alle GR-Mitglieder sind im April dieses Jahres im Majorz-Verfahren in diesem Amt bestätigt worden. Die GR-Mitglieder, welche gleichzeitig von den Stimmenden auch in die kantonale Legislative gewählt worden sind, sind dies auf einer Parteiliste und gehören im Kantonsrat auch alle einer Fraktion an. In dieser Beziehung sind sie natürlich auch Vertreter einer Partei. Wir fühlen uns als Mitglieder des Kantonsrats aber primär als Vertretung jener Wählerinnen und Wähler, die uns Ende April 2011 für weitere vier Jahre gewählt haben.



Zusatzfrage von Florian Hunziker

Die 1. Frage wurde noch nicht genügend beantwortet. Die Frage lautet: was unternimmt der Gemeinderat, um eine gerechte Verteilung zu erreichen. Hierauf unterblieb eine Antwort, ausser man kann aus der unterbliebenen Antwort schliessen, dass der Gemeinderat nichts zu tun gedenkt.

Antwort von Gemeindepräsident Paul Signer

Der Gemeinderat erachtet es als nicht opportun, als grösste Gemeinde aktiv zu werden. Er wird somit nichts unternehmen.

Frage 4 (Marlies Nef, FDP) - Eintritte Sonnenberg für Kinder aus Herisau

Dieses Jahr wurde durch die Johannes Waldburger-Stiftung die Herisauer Jugend grosszügig durch Gratis-Eintritt ins Freibad unterstützt. Dass dies möglich ist mit speziellen Ausweisen, wurde nun bewiesen. Es hat meines Erachtens viel mehr Kinder im Freibad. Es scheint nicht allen Familien möglich die Eintrittsgebühren einfach so zu bezahlen.

Im Rahmen von Familienförderung und Gesundheitsvorsorge meine Fragen: Ist es möglich, dieses Angebot weiterhin durch die Gemeinde anzubieten? Wie gross wäre der Rückgang des Eintrittserlöses? Ist eventuell dafür der Umsatz im Restaurant gestiegen, sodass der finanzielle Ausfall gar nicht so gross wäre? Wie würde das weitere Vorgehen aussehen, damit die Kinder und Jugendlichen vermehrt den Sonnenberg nutzen können?

Beantwortung durch Gemeindepräsident Paul Signer

Die Frage gibt mir zuerst einmal Gelegenheit, der Johannes Waldburger-Stiftung auch an dieser Stelle für ihre Grosszügigkeit anlässlich ihres Jubiläums ganz herzlich zu danken.

Es ist davon auszugehen, dass für die Gratisintritte, sollten diese durch die Gemeinde übernommen werden, mehrere zehntausend Franken in den Voranschlag einzustellen wären. Diese Ausgabe kann durch Mehrumsätze im Restaurant bzw. vor allem im Kiosk nicht kompensiert werden. Diese Umsätze sind vor allem vom Wetter beeinflusst.

Sollten die Herisauer Schulkinder Gratisintritt ins Freibad erhalten, müssten der Einwohnerrat und die Bevölkerung akzeptieren, dass der Defizitbeitrag der Gemeinde ans Sportzentrum um mehrere zehntausend Franken ansteigen würde. Aufgrund der Diskussionen in diesem Saal in den letzten Jahren zweifelt der Gemeinderat daran, ob diese Akzeptanz vorhanden wäre.

Zusatzfrage von Marlies Nef

Die Frage nach dem Vorgehen wurde noch nicht beantwortet.

Antwort von Gemeindepräsident Paul Signer

Grundsätzlich stehen den Ratsmitgliedern diejenigen Mittel zur Verfügung, die im Geschäftsreglement des Einwohnerrates vorgesehen sind. Die einfachste Variante



wäre, bei der Behandlung des Budgets einen Antrag auf Erhöhung des Sportzentrum-Defizits zu stellen.

Frage 5 (Peter Künzle, EVP) - Label Energiestadt

Herisau präsentiert am Dorfeingang stolz das Label "Energiestadt, innovative Energiepolitik". Ein positives Zeichen in der heutigen Zeit.

Welche Kriterien mussten erfüllt werden, damit Herisau das Label erneut erhielt und wie geht die Überprüfung konkret vor sich? Gibt es Bedingungen, welche die Gemeinde bei Neu- oder Umbauten erfüllen muss?

Hintergrund dieser Frage ist auch, welche Art von innovativer Energiepolitik in der Renovation der "Chälblihalle" berücksichtigt wurde.

Beantwortung durch Gemeinderätin Regula Ammann

Herisau ist seit 2002 Energiestadt. Kürzlich erfolgte das 3. Audit. Im ersten Audit wurden 54 % erreicht (nunmehr 62 %). Was 100 % beinhaltet, ist in einem Massnahmenplan festgehalten, welcher kontinuierlich überarbeitet wird. Die Label-Verteilung basiert schliesslich auf einer Beurteilung der umgesetzten oder verbindlich geplanten Massnahmen durch einen externen Auditor des Trägervereins Energiestadt Schweiz. Massgebend sind sechs Bereiche (Raumordnung, kommunale Gebäude, Ver- und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und Kommunikation). Im letzten Audit hat Herisau vor allem in den Bereichen Mobilität, Raumplanung und interne Organisation überdurchschnittlich abgeschnitten. Im Rahmen des Labels existieren jedoch keine Pflichten, die eingehalten oder umgesetzt werden müssen. Herisau hat sich jedoch im Rahmen des Massnahmenplans verpflichtet, bei Neu- und Umbauten den Energiestandard einzuhalten. Bei der Chälblihalle wurde bei allen beheizten Räumen der Minergiestandard vorgesehen. Zudem ist eine Wärmerückgewinnung bei allen Lüftungsaggregaten (Unterkunft, Sanitär, Gastro) geplant. Um das Gold-Label zu erreichen, müssten 75 % des Massnahmenplans umgesetzt werden. An dieser Zielsetzung wird nun gearbeitet.

Frage 6 (Peter Künzle, EVP) - Kinderparadies Sedel

Als Familienvater und im Gespräch mit verschiedenen Eltern ist uns aufgefallen, dass die Spielanlage im Kinderparadies in einem bedenklichen und z.T. erschrecklichen Zustand ist. Rutschbahnen mit sehr niedrigem Rand, keine Matten, Belagsschäden, abgebrochene Teile und vieles mehr. Wir haben uns gefragt, wer die Spielanlage kontrolliert und ob ein Hinweisschild, dass die Haftung bei den Eltern liegt, reicht. Die auf der Webseite des bfu für Herisau verantwortliche Person hat auf meine Mailanfrage leider nicht reagiert.

Ich bitte Sie um folgende Antworten:

Wer und wie oft wird der Spielplatz kontrolliert?

In wie weit ist die Gemeinde verantwortlich, da sie an verschiedenen Orten für den Sedel wirbt?



Beantwortung durch Gemeindepräsident Paul Signer

Auch dem Gemeinderat sind in den letzten Jahren, allerdings wirklich nur sehr vereinzelt, ähnliche Rückmeldungen zu Ohren gekommen. Allerdings: Die Sicherheit solcher Einrichtungen liegt in der so genannten "Werkeigentümergeverantwortung" und muss durch den Betreiber gewährleistet werden. Eine Kontrolle des Spielplatzes, der eine private Einrichtung ist, durch die Gemeinde kann darum nicht erfolgen.

Die Gemeinde beteiligt sich an der Werbung für diese private Institution nur insofern, als das Angebot auf der Homepage aufgeführt und z.B. in einem Prospekt über kinderfreundliche Angebote im Appenzeller Hinterland aufgelistet ist. Aus diesem Umstand kann jedoch keine Verantwortung der Gemeinde für die Sicherheit der Spielgeräte abgeleitet werden.

Zusatzfrage von Peter Künzle

Was müsste passieren, dass die Gemeinde auf die "Werbung" verzichtet?

Antwort von Gemeindepräsident Paul Signer

Die gewünschte Antwort erhält Peter Künzle im privaten Rahmen.